

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

## Desillusioniert die Entwicklungspolitik!

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Kebschull, Dietrich (1976) : Desillusioniert die Entwicklungspolitik!,  
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 1, pp. 4-5

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134898>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

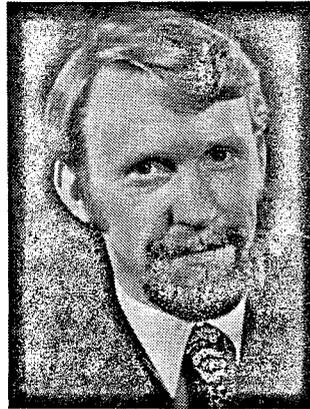
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## Desillusioniert die Entwicklungspolitik!

**D**er große Anlauf zur Reform des Währungssystems endete ohne Überraschungen. Für die Entwicklungsländer allerdings brachte dieses große internationale Treffen eine Enttäuschung mehr. Sie waren mit großen Hoffnungen nach Jamaika gekommen. Ein völlig neues Währungssystem sollte ihnen als Hilfsmittel einer weltweiten Umverteilungspolitik dienen. Der nun zugunsten der ärmsten Länder beschlossene „Trust Fund“, der aus dem Verkauf eines Teils der IWF-Goldbestände gespeist werden soll, dürfte die hochgespannten Erwartungen kaum erfüllen. Seit Jahren ist den meisten Initiativen der Gruppe der 77 ein ähnlich frustrierendes Schicksal beschieden.

Einigkeit soll zwar die Gruppe der 77 zum entscheidenden Akteur im Konzert der Weltmächte machen. Diese Einigkeit aber ist intern zwischen den politisch und wirtschaftlich äußerst unterschiedlichen Ländern dauerhaft nicht zu erreichen. Deshalb wurde und wird stets ein gemeinsamer Feind außerhalb des Zusammenschlusses gesucht und gefunden. Schuld an Unterentwicklung und wirtschaftlichen Rückschlägen sind nie die Entwicklungsländer selbst. Die Verantwortung dafür tragen die Kolonialmächte, die Imperialisten, die starken Außenhandelsländer mit ihrer neokolonialistischen Ausbeutungspolitik, die multinationalen Unternehmen oder der amerikanische CIA. Und wenn das alles nicht zutrifft, wird ein Neoimperialismus durch die Entwicklungspolitik in Form der Kapitalhilfe und Technischen Hilfe konstruiert.

Permanente Angriffe und Anklagen dieser Art verschärfen den Konflikt zwischen reichen und armen Ländern immer mehr. Sie liefern außerdem Wasser auf die Mühlen derjenigen, die Entwicklungspolitik für einen überflüssigen Luxus halten, der nur auf dem schlechten Gewissen einiger weltfremder Humanitätsapostel und Sozialutopisten beruhe. Insofern gefährdet die Gruppe der 77 mit ihren Äußerungen und ihrem Verhalten auf der Bühne der Vereinten Nationen ohne Zweifel die internationale Kooperation erheblich.

Ursache dieser Konfrontation sind aber weniger die Fehler der bisherigen Entwicklungspolitik, sondern weit eher die überzogenen Erwartungen, die an sie geknüpft werden. Nach mehr als zwanzigjähriger Erfahrung mit dieser Politik ist es heute endlich an der Zeit, eine Phase der Desillusionierung und Entkrampfung einzuleiten.

Zunächst ist es notwendig klarzustellen, daß Entwicklungspolitik – wie jede andere Politik auch – keinen reinen Selbstzweck hat. Obwohl die Interessen der Entwicklungsländer Priorität genießen, haben Eigeninteressen einen hohen Stellenwert. Sie sollten im Gegensatz zur bisherigen Praxis weitaus offener zutage treten. Denn was spricht eigentlich dagegen, Entwicklungspolitik in Maßen als Mittel zur Verbesserung der außenpolitischen Beziehungen, der Wirtschaftsstruktur oder der Rohstoffsicherung einzusetzen?

Entwicklungspolitik ist in allen ihren Formen auf die Dauer nur möglich, wenn sie den Eigeninteressen der Industrieländer in bestimmter Weise Rechnung trägt. Eine Politik, deren Vorteile der Öffentlichkeit auch langfristig unklar bleiben, beseitigt sich von allein. In diesem Zusammenhang ist es wahrscheinlich kein Zufall, daß die offiziellen Entwicklungshilfeleistungen der Bundesrepublik nach den Rah-

mendaten der mittelfristigen Finanzplanung weit hinter den ursprünglich geäußerten Zielvorstellungen zurückbleiben. Aber selbst wenn die Bundesrepublik und alle anderen Mitglieder der OECD ihre Aufwendungen für die Entwicklungshilfe erheblich steigern würden, ließen sich die Probleme der Unterentwicklung damit bis zum Ende des Jahrhunderts nicht lösen. Schon sehr einfache Rechnungen mit denkbaren Zuwachsraten machen deutlich, daß mindestens die Hälfte der Entwicklungsländer den großen Sprung nach vorn nicht schaffen wird.

Was für die Entwicklungshilfe insgesamt gilt, trifft in noch stärkerem Maße für die Vergabe zinsgünstiger öffentlicher Kredite in Form der sog. Kapitalhilfe zu. Die Finanzierung einiger weniger Projekte kann die wirtschaftlichen Probleme der Länder der Dritten Welt nicht lösen. Durch sorgfältige Auswahl der Projekte lassen sich lediglich Anstöße geben. Das aber gilt nur für solche Vorhaben, die sich aufgrund ihrer direkten oder indirekten Wirkungen nach einer Anlaufphase ökonomisch selbst tragen. Die Finanzierung anderer Projekte wird durch den Zwang zur Rückzahlung der Kredite ausgeschlossen. Insofern ergibt sich immer wieder die kuriose Situation, daß trotz relativ begrenzter Mittel für die Kapitalhilfe nicht genügend Projekte zur Finanzierung zur Verfügung stehen.

Die deshalb verstärkte angebotene kostenlose Unterstützung durch Beratung (Technische Hilfe) führt in der Regel ebenfalls nur zu punktuellen Erfolgen. Sie setzt eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern voraus, um die Fortführung nach Abzug der Berater zu sichern. Dann aber beginnen zumeist erst die eigentlichen Probleme. Selbst wenn qualifiziertes Personal zur Verfügung steht und eingesetzt wird – was keinesfalls immer der Fall ist – fehlen in vielen Fällen die noch benötigten öffentlichen Mittel zur Weiterfinanzierung.

Die Entwicklungspolitik nahezu aller westlichen Länder hat über diesen Tatbestand bis heute den Mantel des Schweigens gebreitet. Sie verschwieg auch die wachsende Abneigung vieler Entwicklungsländer gegen die als Bevormundung empfundene technische Hilfe. Und sie lebt weiterhin mit der Illusion, durch Kredite, Beratung, handelspolitische Maßnahmen sowie Nahrungsmittelhilfe, die meist bei Katastrophen eingesetzt wird, und durch einige privatwirtschaftliche Investitionen die wirtschaftliche und soziale Situation in der Dritten Welt grundlegend ändern zu können.

Sind aber schon die Erfolgchancen im wirtschaftlichen Bereich äußerst begrenzt, so trifft dies in noch weit stärkerem Maße für die soziale Seite zu. Geht man davon aus, daß soziale Entwicklung vor allem die Verbesserung der Lage der ärmeren Bevölkerungsschichten in einem Lande zum Ziel hat, so sind die Einwirkungsmöglichkeiten hier nahezu gleich Null.

Das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten eines anderen Staates und die Anerkennung seiner Souveränität machen es der Entwicklungspolitik unmöglich, entsprechende Maßnahmen in Entwicklungsländern durchzusetzen. Manchmal wird angeführt, daß eine Konzentration der Hilfsmaßnahmen auf ländliche Entwicklungsprojekte diesem Ziel diene. Dies gilt allerdings nur begrenzt. Denn der erhoffte Effekt – die Hebung des Lebensstandards der armen Landbevölkerung – ergibt sich nur in der Nähe des absoluten Existenzminimums. Sobald die Produktion zum Markt gelangt oder gar exportiert wird, erfolgt die Einkommenserhöhung in erster Linie bei Zwischenhändlern, Exporteuren, Funktionären oder Großgrundbesitzern. Eine bevorzugte Förderung der Landwirtschaft zur Realisierung der sozialen Ziele, die in Anlehnung an die entsprechende Politik der Weltbank heute in vielen Ländern verfolgt wird, ist daher ebensowenig erfolgversprechend, wie es die einseitige Industrialisierungspolitik in der Vergangenheit war.

Die Entwicklungspolitik allein kann die Welt nicht verändern. Sie ist in der Lage, bei Katastrophen zu helfen, bestimmte Grundbedürfnisse besser zu decken und Anstöße für die weitere Entwicklung zu liefern, wenn die Entwicklungsländer selbst in der Folge eine ziel- und sachgerechte Politik betreiben. Mehr kann man von ihr nicht verlangen. Solange aber die Dritte Welt, statt sich auf ihre eigenen Möglichkeiten zu konzentrieren, ständig auf Hilfe von außen pocht und Fehlentwicklungen allein den Industriestaaten anlastet, wird sie ein steter Quell der Frustrationen bleiben.